

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Vierhundert)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 45 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt 5 Pfg.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 99.

Berlin, Sonnabend, 14. Dezember 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

**Freiwillige vor!** — Die erste Sitzung des Reichsvereinsgesetzes. — Ministerinstitute des sozialistischen Zukunftsaufbaues oder die es in den sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen sucht! — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Freiwillige vor!

Das Quartal geht zu Ende. Das Abonnement auf den „Gewerkeverein“ muß erneuert, die Zahl der Abonnenten vergrößert werden. Denn

#### das beste Agitationsmittel

ist die Presse, deren Verbreitung allen Verbandsmitgliedern deshalb am Herzen liegen muß.

Auch im Laufe des kommenden Vierteljahres wird der „Gewerkeverein“ Ausschüssen und Mitgliedern eine reiche Fülle der Anregung geben.

### Die parlamentarischen Verhandlungen

werden vom Standpunkte unserer Organisation regelmäßig besprochen und zu allen

#### öffentlichen Angelegenheiten

wird Stellung genommen. Wir weisen weiter auf die bereits angekündigte Artikelserie über die Einrichtung von

### Rechtsanwaltsstellen und Arbeiterssekretariaten

hin, mit deren Abdruck wir demnächst beginnen werden.

Es wird auch sonst keine Mühe gespart werden, um den Inhalt des „Gewerkeverein“ interessant und belehrend zu gestalten. Umso mehr aber rechnen wir auf den

### Opfermut der Verbandsmitglieder.

Zu jedem Ortsverein muß es freiwillige Abonnenten geben. Da, wo dies nicht der Fall ist, müssen sie angeworben werden. Die Ausschüsse sind oft mit anderen Arbeiten überlastet, so daß sie sich der Werbearbeit für das Verbandsorgan nicht hinreichend widmen können. Sollte es aber nicht in jedem Ortsverein wenigstens

#### ein Mitglied

geben, das besonders sich der Verbreitung unseres Verbandsorgans widmet, in jeder Sitzung zur Stellung auffordert, die Abonnenten aufschreibt und die Liste beim Postamt aufgibt? **Keinmal!**

#### Freiwillige vor!

Der geringe Preis von 65 Pfg. pro Vierteljahr und 18 Pfg. Bestellgeld bei freier Zustellung durch den Briefträger muß die Werbearbeit erleichtern. Wer hilft mit an dem Werk?

### Die erste Sitzung des Reichsvereinsgesetzes.

Am Montag stand im Reichstage der Gesetzentwurf eines Reichsvereinsgesetzes zur Beratung, der nach 3tägiger Redezeit am Mittwoch an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen worden ist. Es hält schwer, schon heute ein Urteil abzugeben über das Schicksal des Entwurfs. Das dürfte abhängig sein von der Gestalt, die ihm in der Kommission gegeben wird. Manchelei An-

forderungen sind an ihm gemacht worden, und mancherlei Änderungen werden an ihm vorgenommen werden.

Wir wollen nicht im einzelnen auf die Debatte eingehen, sondern nur in großen Zügen ein Bild geben davon, wie sich im allgemeinen die Parteien im Reichstage zu dem Gesetzentwurf gestellt haben. Eingeleitet wurde die Debatte mit einer Rede des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg, der zunächst zu erklären suchte, weshalb die Regierung sich nicht ohne weiteres dazu hätte entschließen können, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, wie sie in Hessen und auch in Württemberg bestehe, zu gewähren. Wenn keine näheren Bestimmungen getroffen seien, dann bleibe es der Aufsichtsbehörde jederzeit vorbehalten, Versammlungen zu verhindern und zu verbieten. Was den Inhalt des Entwurfs anbetrifft, so müsse zugegeben werden, daß er einen großen Fortschritt bedeute. Die verbündeten Regierungen hätten manchen Wunsch zurückgestellt; das sollten nun aber auch die Parteien tun. Nachdem dann der Staatssekretär im einzelnen auf die Vorteile des neuen Gesetzes hingewiesen hatte, wandte er sich ausführlich dem § 7 zu, von dem er mit Recht annehmen mußte, daß er der größte Stein des Anstoßes ist. Er verwahrte sich dagegen, daß dieser § 7 einen Ausnahmezustand schaffen solle, betonte aber ausdrücklich, daß die Regierungen auf diesen § 7 den größten Wert legen müßten. Im einzelnen sei er jedoch bereit, mit sich reden zu lassen. Seine Rede stieg aus in die Mahnung, mitzuarbeiten an dem Zustandekommen eines Gesetzes, das von einem großen Teile der Nation lange ersehnt worden ist und das trotz der Mängel, trotz der Bedenken, trotz der Zweifel, die in ihm liegen, doch einen Fortschritt unseres einheitlichen staatlichen Lebens bedeuten soll und bedeuten wird.

Dem Redner der Konservativen machten gerade diejenigen Bestimmungen, die einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande bedeuten, die größten Kopfschmerzen. Ihm gefällt nicht die Übertragung der Auflösungsbefugnis an den Versammlungsleiter; er hat Bedenken gegen die Befreiung der Altersgrenze der Jugendlichen und gegen die Zulassung der Frauen; dagegen ist ihm natürlich der § 7 überaus sympathisch. Trotz aller Bedenken aber will seine Partei in der Kommission an der Ausgestaltung des Entwurfs mitarbeiten.

Überaus scharfe Kritik übten die Zentrumsredner, insbesondere der Abgeordnete Erimborn, der unter dem lebhaften Beifall seiner Partei und der Sozialdemokraten den Gesetzentwurf gerpflückte. Gewisse Vorteile der Vorlage konnte allerdings auch er nicht leugnen. Er rügte jedoch scharf, daß die Polizeiaufsicht über Versammlungen beibehalten werden soll, ferner die vorgesehenen hohen Geldstrafen, und daß man den Landparlamenten das Koalitionsrecht auch fernertun vorenthalten will. Mit dem § 7 sei der Entwurf für seine Partei absolut unannehmbar.

Am meisten befriedigt scheint die national-liberale Partei zu sein, deren Redner sich im allgemeinen auf den Boden der Vorlage stellte. Der Abg. Dr. Lieber sprach sich namentlich warm für den § 7 aus, mit der Einschränkung, daß den Wenden, Majaren, Litauern und Französisch sprechenden Elsas-Lothringern der Gebrauch ihrer Muttersprache gestattet sein müsse. Nur für die

Polen wollte er den § 7 bestehen lassen. Gerade diese Tatsache spricht am deutlichsten dafür, daß der § 7 ein Ausnahmefolge allerhöchster Art ist und mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß.

Zur Mitarbeit bereit erklärte sich auch der sozialdemokratische Redner Heine, der zugeben mußte, daß das Gesetz einige Fortschritte enthält. Andererseits haften ihm aber auch noch zahlreiche Mängel an, die beseitigt werden müssen; ja auch Verschlechterungen hätte man verurteilt. Mit Recht betonte der Redner, daß der § 7 auch sehr leicht gegen die Organisation der Arbeiter dort angewandt werden könne, wo zahlreiche fremdsprachliche Elemente in der Arbeiterschaft vorhanden sind, wie beispielsweise in Westfalen.

Daß die Vertreter der Elsäßer, der Polen und auch der einzige Däne sich scharf gegen den § 7 wandten, ist selbstverständlich. Von der Freisinnigen Volkspartei erkannte Dr. Müller-Reinigen ohne weiteres die Vorteile des Entwurfs an, die er vor allen Dingen erblickt in der Befreiung der Buntgeselligkeit in der Vereinsgesetzgebung, in der Schaffung klarer gesetzlicher Bestimmungen, in dem Fortfall der Beschränkungen für Frauen und jugendliche Personen und in dem Verzicht auf die Einreichung des Mitgliedsverzeichnis. Als das Kreuz der ganzen Vorlage bezeichnete aber auch dieser Redner den § 7, der in dieser Fassung die Zustimmung seiner Partei nicht finde. Der Redner verlangte außerdem die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf die landlichen Arbeiter und das Gelingen und einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Berufsvereine.

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat der Abgeordnete Dr. Bachtke von der Freisinnigen Vereinigung. Für ihn ist ausschlaggebend die durch den Entwurf geschaffene Rechtsunsicherheit. Auch er wünscht einen weiteren freihändlerischen Ausbau des Gesetzes. Die öffentliche Bekanntmachung müsse der polizeilichen Anmeldung gleichgestellt und der § 7 in seiner jetzigen Form beseitigt werden.

Der Vertreter der Reichspartei äußerte Bedenken wegen der Befreiung der Altersgrenze für jugendliche Personen, wünschte aber an dem § 7 festzuhalten, ebenso wie der Abgeordnete Roth von der Wirtschaftlichen Vereinigung, der allerdings wieder für Litauer, Majaren und Dänen mildere Bestimmungen forderte.

Man hat so im allgemeinen den Eindruck, als wenn die einzelnen Parteien zugeben müßten, daß das Reichsvereinsgesetz bessere Verhältnisse schaffen würde, als sie gegenwärtig herrschen. Bölig befriedigt ist aber keine Partei. Es wird danach reiche Arbeit in der Kommission geleistet werden müssen, um ein Werk zu schaffen, das eine Mehrheit findet. Unsere Stellung zu dem Vereinsgesetzentwurf ist gegeben durch die Petition, die der Zentralrat an den Reichstag abgehandelt hat. Auch wir verlassen nicht die wesentlichen Fortschritte, welche die Regierungsvorlage bietet; wir haben aber keinen Zweifel gelassen, daß gewisse Bestimmungen des Gesetzes unseren Ansprüchen widersprechen und daß wesentlichen Mängeln abgeholfen werden muß. Wir haben die Forderung, daß unseren Wünschen Rechnung getragen werden wird. Bewegte sich doch die Diskussion zum großen Teile in der Richtung dieser unserer Wünsche. Wir sind überzeugt, daß diejenigen Parteien, die einer freihändlerischen Entwicklung des Vaterlandes

bienen wollen, alles aufbieten werden, um unseren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Seit der Begründung des Deutschen Reiches kämpfen wir für ein freibürgerliches und einheitliches Reichsvereins- und Versammlungsgesetz. Jetzt, wo das bereits in der Reichsverfassung gegebene Versprechen endlich eingelöst werden soll, darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern muß ganze Arbeit schaffen. Hoffen wir, daß die Kommission in diesem Sinne arbeitet.

### A. Institut für die sozialistische Zukunftskasse oder Wie es in den sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen zugeht!

Unter diesem Titel erschien Mitte des Jahres eine Schrift, die den führenden Sozialdemokraten und Ortskrankenkassen-Vorständen Amandus Schubert in Chemnitz zum Verfasser hat. Wir haben uns sehr eingehend mit dieser Schrift beschäftigt. Jetzt erscheint die Broschüre in zweiter, bedeutend erweiterter Auflage, so daß wir veranlaßt sind, von neuem auf dieselbe einzugehen. Die Blamage der „Zielbewußten“ wird durch das, was die Schrift neu enthält, noch erheblich größer.

Im Vorwort zur zweiten Auflage teilt der Verfasser mit, „noch ehe die erste Auflage die Druckerei verlassen hatte“, habe die, durch ihr Agitationskomitee genannte Spionagebureau unterrichtete Leitung der sozialdemokratischen Partei in Chemnitz beschlossen, kein organisiertes Genosse diese die Broschüre taufen.“ Der Verfasser teilt mit, daß dieser Parteibefehl der Verbreitung der Broschüre keinen Einhalt getan habe.

Der Verfasser teilt mit, daß dieser Parteibefehl der Verbreitung der Broschüre keinen Einhalt getan habe. Tausende von Ortskrankenkassenmitgliedern seien zu ihm gekommen, um den Inhalt der Schrift zu befechtigen und neues Material herbeizuschaffen. Ganz besonders interessant ist aber die folgende Behauptung des Verfassers:

„Ein Abgeordneter der Berliner Parteileitung, der hier „in strengster Inhaft“ riefen, trat wiederholt an einen Freund von mir mit dem Ersuchen heran, ihm das Manuskript dieser Schrift — das gerade beim Drucker lag — auf irgendwelche Weise zu beschaffen — und bot hierfür — 20000 Mk.“

Wenn der Verfasser für diese Behauptung den Beweis der Wahrheit ebenso anzutreten vermag, wie ihm dies für seine übrigen Behauptungen gelungen ist, dann wäre die Berliner sozialdemokratische Parteileitung für alle Zeiten gerichtet. Abgesehen davon, dessen sich der Verfasser in Betracht, dessen sich derjenige schuldig gemacht hat, der aus der Druckerei des „Spionagebureau“ Mitteilung von dem Vorliegen des Manuskripts gemacht hat.

Es ist in der Tat bedauerlich, daß es unter der Arbeiterkraft Subjekte dieser Art gibt. In diesem Falle hat der Vertrauensbruch eine noch größere Charakterstärke zur Folge gehabt, wenn es sich beifügt, was Schubert der Parteileitung zum Vorwurf macht. Das Manuskript einer Broschüre von einem lebenden Verfasser ist niemals 20000 Mk. wert, selbst wenn sie der hervorragendste Mann der Gegenwart geschrieben hätte. In der Summe hat also auch das Schweigegeld liegen sollen. Wenn solcher unerhörter Verschwendungsvorschlag gemacht wurde, dann ehrt es den Verfasser und seinen Freund, daß sie sich nicht kaufen ließen.

Gegenüber einem sozialdemokratischen Stadtverordneten von Chemnitz, der behauptet hatte, der Zweck der Broschüre sei nur, Geld zu verdienen, bekräftigt der Verfasser seine Mitteilung noch dadurch, daß er den Zweck, Geld zu verdienen, ja viel besser dadurch erreicht haben würde, wenn er die Broschüre nicht hätte erscheinen lassen, „wozu ihm ja die Partei für Wahrheit, Recht und Freiheit so liebenswürdig die Hand geboten“ habe. Hiernach darf man die für die sozialdemokratische Parteileitung bei allen anständigen Menschen geradezu vernichtend wirkende Anklage so lange als wahr ansehen, bis sie vor Gericht als widerlegt bewiesen wird.

Schubert scheint aber in allen seinen Behauptungen sicher zu sein. Selbst „bekannte Obergeoffnen, keine Däppllinge im Gewerkschaftskomitee“ hätten ihn aufgesucht, „um mir ihre Zustimmung zu meiner Schrift zu erklären.“

aus ihnen hervorheben und hier wiedergeben sollen. Dem vom Vorstande der Kasse gehalten und unterstügten Vertrauensarzt J. D. wird vorgeworfen, daß er, 1709 Vermehrung der Mitgliederzahl um ca. 8000, in einem einzigen Jahre die Ausgaben für Krankengeld, Medizin und Arzthonorar um 56000 Mk. herabgedrückt habe. Diese Tatsache wird aus dem Jahresbericht für 1906, Seite 11, festgestellt. Ich konstatiere, daß insolge des Vorwehens des Vertrauensarztes sich weiter Kreise der Kassenmitglieder eine hochgradige Empörung und Erbitterung gegen eine derartige Behandlung bemächtigt hat und viele deswegen auf ihre gesetzlichen Rechte verzichteten. Ich für meine Person kann nur dem Herrn Vertrauensarzt wünschen, alle die Schmeichelnamen und Rosenworte mit anzuhören, die ihm insolge seines Verhaltens von solchen Kassenmitgliedern beigelegt werden, die das wenig beneidenswerte Los hatten, von ihm nachgetrunken zu werden.“

Die Geländepreise scheint unter sozialdemokratischer Herrschaft ja ganz besonders gut zu funktionieren. Hiergegen erheben sich manche Vertrauensärzte von Berufsgenossenschaften doch noch als edle Menschenkinder. Denn das hat von ihnen noch keiner fertig gebracht, bei wachsender Zahl der versicherten Arbeiter die Ausgaben im Gesamtverhältnis zu vermindern. Wie das gemacht wird, dafür führt der Verfasser einige Beispiele an. Davon sei eins hier wiedergegeben:

„Eine Frau, die zu wiederholten Malen wegen eines schweren Magen- und Nervenleidens bei verschiedenen Ärzten in Behandlung stand, wurde nach kaum zweijähriger Behandlung von der Verwaltung zum Vertrauensarzt geschickt — und von diesem für arbeitsfähig erklärt. Demgegenüber stellten drei Ärzte, darunter ein Spezialarzt, das Gegenteil fest.“

Nach dem Jahresbericht pro 1906 wurden von 4433 krank erkrankenden Mitgliedern der Kasse bei der Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt 1901, also fast die Hälfte, erwerbsfähig geschrieben. Obgleich es manchen Dilettanten geben; kann man aber einseitig daran glauben, daß betraute jeder zweite Patient ein Simulant war?

Die blamierte Chemnitzer Sozialdemokratie fand einen Strohmann, der eine Broschüre gegen Schubert zeichnete. Der arme Teufel, ein Geisteskranker wegen Beleidigung Schuberts, weil seine Beweisanträge mißlingen, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden, „um“, wie Schubert meint, „den Einbruch seiner Berufung zu verweisen.“ Schubert fügt hinzu: „Offensichtlich, der Mann tut mir leid, den sein blindes Vertrauen auf die Angaben seiner „Gewährleute“ in Gefängnis bringen wird, in das ein ganz anderer geht.“

Zum Schluß der wichtig wirkenden Anklageschrift gegen die Chemnitzer „Zielbewußten“, erklärt ihr Verfasser: „So, ihr deutschen Arbeiter, seht eure Führer und eure Apostel für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aus der Nähe an.“

Der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Verwaltungsherrschaft in Chemnitz wird wohl den Zusammenbruch bisher vertretener Ideale bei manchem ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter zur Folge haben.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 13. Dezember 1907.

Die Konferenz zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Holzindustrie hat diese Woche in Berlin stattgefunden. Für den Gewerbeverein der Deutschen Tischler nahmen die Kollegen Bahle und Bambach an den Verhandlungen teil. Aus allen Orten, in denen im Jahre 1906 die bestehenden Tarifverträge ablaufen, waren Vertreter der Arbeiter und Unternehmer erschienen. Das erwartete Resultat ist jedoch nicht erzielt worden; denn am Mittwoch wurden die Verhandlungen plötzlich abgebrochen, da die Vertreter der Parteien erklärten, seitens ihrer Auftraggeber nicht die Vollmacht zu besitzen, ohne weiteres auf die gestellten Forderungen einzugehen. Es wurde daher beschlossen, zunächst an den einzelnen Orten eine Klärung herbeizuführen und dann auf einer neuen Konferenz in Berlin die Zustimmung der Zentralverbände herbeizuführen. Diese Konferenz soll innerhalb 4 Wochen zusammenzutreten. Ist damit auch zunächst der Zweck der Verhandlungen noch nicht erreicht, so läßt sich doch erwarten, daß bei gutem Willen noch eine Einigung erzielt wird. Jedenfalls darf an dem plötzlichen Schluß der Verhandlungen nicht gefolgert werden, daß eine Einigung überhaupt nicht möglich ist.

Waffen. Zu dem Amt eines Schöffen für den Amtsbezirk Rachen wurde der Polizeibeamte des Gewerbevereins der Maschinenbauer, Rudolf C. Hartmann, für den Amtsbezirk Stolberg der Kollege Schmidt in Unger gewählt.

Der Vereinfachung der Arbeiterversicherungs-gesetze diene eine Informationsreise, welche im vergangenen Monate gemeinsam vom Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und dem preussischen Handelsminister Dr. Delbrück unternommen wurde. Die Vorarbeiten für das große Werk sollen durch diese Reise wesentlich gefördert worden sein; außerdem haben die daran geknüpften Verhandlungen der beiden Minister, wie einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt worden ist, in der Hinsicht zu einer völligen Einigung zwischen Preußen und dem Reich über die Vereinfachung der Organisation des Versicherungsdienstes geführt, wenn auch die Durchberatung der einzelnen Details zurzeit noch nicht beendet ist und noch eine längere Frist in Anspruch nehmen wird. Die Errichtung einer einheitlichen obersten Instanz oder einer Reichsanstalt wird danach nicht beabsichtigt. Es handelt sich vielmehr allein um die Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für die drei sozialen Arbeitergesetze, die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, um die Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung in der Vollstanzung so daß jedes einzelne Organ derselben für alle aus den bestehenden Versicherungsverordnungen resultierenden Versicherungsangelegenheiten zuständig ist, also Träger von mindestens drei Versicherungen sein wird. Man beabsichtigt ferner, die beiden behördlichen Organe der Vollstanzung auch die Witwen- und Waisensicherung zu überweisen, die am 1. Januar 1910 in Kraft treten muß. Ein dahingehendes Gesetz wird wahrscheinlich im Anschluß an die Vorlage über die Vereinfachung der Arbeiterversicherungs-gesetze dem Reichstage zugehen.

Eine recht platonische Liebe bringen die Konfessionslosen den christlichen Organisationen entgegen. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ hat sich naturgemäß auch mit dem Entwurf zum Reichsvereinsgesetz beschäftigt und mangelnde Mängel an diesem zu rügen. Das christliche Zentralorgan ist gegen den § 7 des Entwurfs und tadelt auch, daß die ländlichen Arbeiter und Diensthilfen weiterhin das Koalitionsrecht entbehren sollen. Dagegen eine wesentliche Umänderung in dieser Beziehung sei der Gegenstand unannehmbar und werde wesentlich eine Wechsellagerung in Reichstagen nicht finden. Das ist der hochkonservativen „Kreuzzeitung“ schon viel zu weit gegangen, und wärend schreibt sie:

„Offenbar hat das Organ der christlichen Gewerkschaften hier eine Wechsellagerung im Auge, in der die Sozialdemokratie die ausschlaggebende Rolle spielt und das Zentrum mitwirkt; denn für die Blockmehrheit würde ein Entwurf im Sinne des Zentralorgans kaum unannehmbar sein. Es ist ein höchst bedenklicher Weg, den die Führer der christlichen Gewerkschaften mit ihrer Vereinsgeistespolitik beschreiten. National kann man ihn nicht nennen, und deshalb wird und muß das Reichstraken gegen die christlichen Gewerkschaften, das insolge der maßvollen Haltung und der nationalen Zusicherungen der Gewerkschaftsführer schon einigermaßen im Schwanken begriffen war, sich wieder neu betonen, wenn nicht noch im letzten Moment wieder auf den rechten Pfad eingelenkt wird.“

Die Ironie des Schicksals! Die christlichen Organisationen, die anderen so gern den nationalen Charakter absprechen, müssen es sich hier von einem gefinnungsverwandten Blatte sagen lassen, daß sie selbst nicht national genannt werden können. Das ist wirklich bitter. Was werden jetzt die Herren Behrens und Rumm sagen?

Arbeiterbewegung. Der Konflikt in der Krefelder Seidenstoffindustrie ist nicht beigelegt. Die Arbeiter hatten sich an den Arbeitgeberverband gewandt mit dem Ersuchen, auf dem Wege mündlicher Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen und die Zustimmung zu geben zur Bildung einer Kommission, in welcher Vertreter der beiden Parteien eine Beilegung der Differenzen ermächtigen sollten. Der Arbeitgeberverband hat das abgelehnt, weil für die Unternehmer eine Erhöhung der Löhne überhaupt undiskutabel sei mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes. Daraufhin haben die Arbeiter in den vier Strammstofffabriken, die in den Ausstand getreten sind, beschlossen, um Streit zu verharren. Erhöhen aber will man den Gewerbetarif erlösen, eine Vermittlung anzubahnen. — In der schiffbauartigen Textilindustrie droht es ebenfalls zum Kampfe zu kommen. In Gornsdorf im Erzgebirge haben die Strampfwirker und Strampfwirkerinnen bereits die Kündigung eingereicht. Die Unternehmer lehnen jedwede Verhandlung mit den Arbeitern ab. — In der Schiffsfabrik von Vater & Co. in Straußberg (Wart) haben die Arbeiter wegen Lohnminderungen die Kündigung eingereicht. — Einen neuen Tarif wollen die Drauer und Brauerhilfsarbeiter in Leipzig zum 1. April einreichen. Derselbe verlangt eine Erhöhung der Löhne, Fortsetzung der Arbeitszeit und will den kleineren Brauererwerb unterlegen, niedrigere Sätze zu zahlen. — In Chemnitz am Rhein sind 400 Higarrenarbeiter wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. — In Leipzig hat ein Teil der

Buchhandlungsgehilfen, die in einer Bewegung zum Zwecke einer Gehaltssteigerung streben, beschloßen, vom 12. Dezember ab die passivste Resistenz anzuwenden. — Die in den Betrieben der Stadt Leipzig mit der Thüringer Gasgesellschaft beschäftigten Handwerker und Arbeiter sind in eine Arbeitsbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Ansehensbeschluss von täglich 4 Mk. der nach fünfjähriger Dienstzeit auf 5 Mk. steigen soll.

Auf den Gruben in Transvaal ist es zu einem Streik der eingeborenen Arbeiter gekommen, die das gesamte Grubenmaterial zerstörten. Es mußten Truppen zur Verstärkung der Polizei abgefordert werden. — Der Ausstand der Schuhmacher in St. Louis, an dem etwa 20000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, ist nach 10wöchiger Dauer beendet worden. Die Forderung des Neunstundentages wurde den Arbeitern nicht bewilligt; vielmehr mußten sie zu den früheren Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. — In Wien sind die Kohlenarbeiter, die für die großen Kohlenfirmen auf den Bahnhöfen die Umladung der Kohlen von den Waggons auf die Fuhrwerke und die Zufuhr in die Häuser besorgen, in den Ausstand getreten, weil ihre Lohnforderungen abgelehnt wurden. Die Folge des Streiks ist eine erhebliche Erhöhung in der Versorgung der Wiener Haushaltungen mit Kohle und eine Steigerung der Kohlenpreise. — Bei der Elektrizitäts- und Gasgesellschaft in Bordeaux haben fast sämtliche 800 Angestellte beschloßen, in den Ausstand zu treten, da ihre Forderungen auf Lohnsteigerung, Ruhegehalt und Sonntagsruhe nicht bewilligt wurden.

Die Einigungsversuche zwischen den zentralen sozialdemokratischen und lokalen anarcho-sozialistischen Organisationen haben nun zum Teil Erfolg. Während sich die lokale Organisation der Zimmerer schließlich entschloßen hat, auf eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Zimmerer einzugehen, allerdings auch nur mit einer Majorität von 27 gegen 20 Stimmen, hat der unter Wiesenthal's Leitung stehende Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband auf seiner Generalfammlung in Dresden die Verschmelzung abgelehnt und beschloßen, in Einigungsverhandlungen mit dem deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr einzutreten. Nun wird vermuthlich gegen Wiesenthal und seine Anhänger der Bannstrich seitens der sozialdemokratischen Parteileitung geschleudert werden.

Einen ungläubigen Haß von Terrorismus verbreitet in ihrer Donnerstagabend-Nummer die „Berliner Volks-Ztg.“ aus Spandau. In Kaiser's Kaiserzeit, die im Laufe dieses Jahres von Berlin nach Spandau überföhrt ist, hatte vor einigen Tagen die Witwe Schulz, die fünf unermündliche Kinder hat, Arbeit erhalten. Am dritten Tage ihrer Beschäftigung trat die Obmannin des deutschen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes an sie heran mit der Aufforderung, dieser Organisation beizutreten. Als eine ablehnende Antwort erfolgte, erklärte die Obmannin, es gebe hier nur eine Lösung: „Entweder Sie treten dem Verband bei, oder Sie sind broilos“. Die Witwe wurde veranlaßt, sogleich mit ihrer Arbeit aufzuhören; sie wandte sich am Morgen an den Meister und schließlich an den Betriebsleiter; dieser riefte die Waise, und der Meister sagte: „Ich bin mit Ihrer Arbeit zufrieden; aber Sie müssen dem Verbands beitreten, wenn Sie weiter arbeiten wollen“. Die Witwe mußte die Fabrik noch an demselben Tage verlassen. Sie bezieht eine Unterstützung von der Feldzeugmeisterei, weil ihr Mann bis zu seinem Tode in einer Fabrik der Militärverwaltung beschäftigt gewesen ist; dem Verband konnte sie schon aus dem Grunde nicht beitreten, weil sie beschuldigt wurde, Laß ihre altdann wegen Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation die Unterstützung würde entzogen werden. Die Frau ist also durch das Vorgehen des Verbandes broilos geworden.

Wir haben keine Ursache, an diesen Mitteilungen zu zweifeln und finden keine Worte, die scharf genug sind, ein derartiges Verhalten zu brandmarken. Wenn ein Arbeiter einer Arbeiter wegen seiner Gesinnung auf das Hofschäfer weist, würde man ihn mit Recht verurteilen; wenn aber einem Standesgenossen, noch dazu einer armen Witwe gegenüber, so aufgetreten wird, so sind die schäblichen Worte noch zu mild, und da wundern sich diejenigen, die derartigen Terrorismus betreiben, daß immer und immer wieder Pläne auftauchen, um das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden. Uebrigens muß es ein merkwürdiger Betriebsleiter sein, der dem Drude nachgibt und die arme Witwe entläßt. Da braucht man sich dann auch nicht mehr zu wundern, wenn die „Genossen“ immer räthselhafter und unangenehmer werden.

Wie im Glasnost ist. . . . Der einzigen Lager hätte eine Abordnung des nationalen Arbeiterausschusses in Leipzig, darunter auch einige unpolare Verbandesgenossen, den sächsischen Minister des Innern

Grafen Hohenthal auf, um ihn der Einführung des Reichstagswahlrechts für den sächsischen Landtag geneigt zu machen. Der Minister des Innern sicherte der Arbeiterdeputation eine sorgsame Prüfung und Erwägung ihrer Wünsche und, soweit möglich, auch deren Berücksichtigung zu. Nach dem Schluß der Audienz lud Graf Hohenthal die Deputation zu einem Frühstück ein.

Weil nun die „Voss. Ztg.“ in Berlin daran die Bemerkung knüpfte:

„Minister und Arbeiter also an einem Tisch! Die preussischen Bureaufürsten werden ob dieser Kunde krumm und starr sein“ macht sich der „Vorwärts“ über das liberale Blatt lustig und spricht ironisch von dem Beginn einer „liberalen Aera“. Das sozialdemokratische Blatt sollte doch etwas vorfichtiger sein und über dieses Frühstück nicht allzu verächtlich reden. Das war doch sonst auch nicht der Fall. Wir haben wenigstens nichts davon gehört, daß der „Vorwärts“ sich irgendwo abfällig geäußert hat über das Vorkriterfrühstück, das sich Herr Schilde vom Metallarbeiterverbande und andere „zielbewusste“ Arbeitervertreter von Herrn Blohm, dem Führer der Unternehmer in Hamburg, spendieren ließen.

Wie der „Vorwärts“ Spinndell. Die Berichtsetzung der sozialdemokratischen Presse ist eine derartig gewissenlos, daß man eine ständige Aubeil einfließen könnte über die Verdrehungen und Umstellungen, die sich die Organe jener für Wahrheit kämpfenden Partei tagtäglich zu Schulden kommen lassen. In der Dienstagnummer des „Vorwärts“ steht unter der Rubrik „Aus der Frauenbewegung“ ein Artikel „Brachland“, in welchem die Zustände in der Polener Primararbeit geschildert werden. Es heißt da, daß die Heimarbeiterinnen zum größten Teil im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein organisiert seien und durch dessen Harmonieübungen immer mehr im Fatalismus befaßt würden. Die Vorsitzende der Polener Ortsgruppe sei eine Frau Professor, einige andere „edelgebende“ Damen ständen ihr bei der Ausübung ihres schwierigen Amtes zur Seite, und in diesem Lohne geht es dann noch eine Weile weiter. Es lohnt sich wirklich nicht, alle die Lügen, die von jener Seite gegen uns erhoben werden, zu widerlegen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß das Amt einer Vorsitzenden des Polener Ortsvereins der Frauen schon seit Jahren von Frau Habermann bekleidet wird, der Frau unsterblichen Ortsverbandsvorsitzenden. Schon aus dieser Tatsache kann man erkennen, welchen Wert auch die weiteren Mitteilungen im „Vorwärts“ haben.

Wohlfühlung gegen die schwarzen Affen. Die Grubenverwaltung von La Doute bei Freymwald in Lothringen hatte, wie wir der „Soz. Prolet“ entnehmen, freilebende Arbeiter derart in Verzug getan, daß sie auf seiner Grube in der dortigen Gegend mehr Arbeit bekommen konnten. Einer der betroffenen Arbeiter übernahm es zunächst, mit Schadenersatzansprüchen gegen die Firma vorzugehen und hat jetzt vom Oberlandesgericht in Kolmar ein obliegendes Urteil erzielt. Die weitere Folge ist nun, daß auch 53 andere Bergleute Schadenersatzklagen im Betrage von 500—600 Mk gegen die Grubenverwaltung erhoben werden. Wir hoffen, daß auch diese Erfolge haben, damit die Direktion einem recht deutlichen Denkfaktel erhält. Vielesicht wirkt das abschwendend auch auf andere Schmarotzer, die sich ähnliche Ueberriffe erlauben, ohne daß ein Staatsanwalt gegen sie einschreitet.

Ein wünschenswerther Vorschlag für Fabrikarbeiter besteht sogar für Bosnien und die Herzegowina. Seine Durchföhierung aber hat sich als praktisch recht schwierig herausgestellt, da sie kaum überwacht werden kann. Die Bew.terung setzt sich nämlich aus den verschiedensten Glaubensangehörigen zusammen, und um deren religiöse Empfindungen Rechnung zu tragen, hat man den wünschenswerthen Vorschlag für christliche Arbeiter auf den Sonntag, für jüdische auf den Sonnabend und für Muslime auf den Freitag gelegt. Den Arbeitern der beiden letz genannten Konfessionen ist es außerdem freigestellt, mit ihrem Arbeitgeber einen anderen Wochentag als Ruhetag zu vereinbaren. Auch die Landesregierung hat das Recht, für einzelne Gewerbe einen anderen Tag als wünschenswerthen Ruhetag festzusetzen. Bei einem derartigen Rubelunmübel braucht man sich dann allerdings nicht über die schwierige Durchföhierung dieser Arbeiterfragebestimmung zu wundern.

Ueber die Opfer des Alkoholismus lesen wir im „Correspondent“ der Buchdrucker folgende Zahlen. In sämtlichen preussischen Anstalten für Geisteskranken wurden im Jahre 1905 infolge von Alkoholmißbrauch 3845 Personen verpflegt, darunter nahezu 9 pCt. Frauen. Im Jahre 1902 betrug die Zahl der aus dieser Ursache Verpflegten nur 1450. Von Interesse ist es, den Anteil der einzelnen Berufsarten im Auge zu fassen. Am häufigsten vertreten war die Gruppe

„Häusliche Dienste“ mit 643 Personen, Handwerks- 382, Baugewerbe 275, Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht 217, Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch sogenannte freie Berufsarten 161, Bergbau 160, Metallverarbeitung 147. Die Gruppe Bergbau und Erzeugung stellte 125, die Gruppe Nahrungs- und Genussmittel 115 solcher Patienten. In der Gruppe Bergbau war das Jahressumme (ausgeschlossen Omnibusbetrieb, Rutscher usw.) mit 84, die Post mit 32, die Eisenbahn mit 20 Personen beteiligt, in der Gruppe Militärdienst usw. die Subalternbeamten und Unterbeamten mit zusammen 12, höhere Beamte mit 23, Lehrer und Lehrerinnen ebenso, Künstler mit 19. Auch die Ärzte stellen ein geringes Kontingent mit 11 Patienten. Von den männlichen und weiblichen Pflanzlingen wurden je etwa ein Viertel als „geheilt“, ein Drittel als „gebessert“ entlassen.

### Gewervereins-Zeit.

§ Berlin. Die vom Zentralrat am gestrigen Abend nach dem Verbandsausse eintretende öffentliche Gewervereinsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Reichs- und Landtagsabgeordneter Albert Träger behandelte in längerer Rede zunächst die Reichsvereinsgesetzvorlage, die er zwar als einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand charakterisierte, an der aber noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden müssen, namentlich die Befristung des § 7, wenn liberale Mäner ihr zustimmen sollen. Auch für die Fortsetzung des Reichstagswahlrechts für Preußen trat er ein. Es ist dies eine Fortsetzung, für die alle Arbeiter im Interesse ihrer Gleichberechtigung kämpfen müßten. Der zweite Redner, Generalsekretär Gustav Partmann, ging fast auf die vom Vorredner behandelten Fragen ein und begründete dann in längerer Rede die vom Zentralrat beschloßenen Resolutionen und Petitionen betreffend die Lebensmittelerzeugung, den § 25 des preussischen Einkommensteuergesetzes und die Tarifverträge. Den beiden mit großem Beifall aufgenommenen Vorträgen folgte eine kurze Diskussion, die mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution endigte: „Die vom Reichsverband der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.) am 12. Dezember 1907 eintretende öffentliche Versammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit den Eingaben, die der Zentralrat an den Reichstag und den preussischen Landtag gerichtet hat. Die Versammlung ist sich klar, daß der Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz nicht das bietet, was zu einer freibewilligten Entfaltung der Volkswirtschaft dient. Wenn auch das Gesetz einige Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand bietet, so ist insbesondere der § 7 des Gesetzes abzulehnen zu verurteilen, weil damit wiederholt Recht geschaffen wird. Auch mit der Erläuterung des Zentralrats bezüglich der Vereinerung der Lebensmittel und der indirekten Besteuerung derselben, der gewünschten Änderung des preussischen Einkommensteuergesetzes, der rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge sowie der Forderung auf Einführung des Reichstagswahlrechts zum preussischen Landtag erklärt die Versammlung ihr volles Einverständnis. Die Versammlung hält alle diese Forderungen im Interesse der Wohlfahrt des Volkes, insbesondere der minderbemittelten Klassen, und im Interesse der bürgerlichen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen für durchaus berechtigt und erwartet von den Parlamenten und den Regierungen, daß diesen Forderungen Rechnung getragen wird.“

§ Düsseldorf. Am 2. Dezember fanden die Ansbeyr. Gewerbetreibenden der Gewerbetreibenden statt. Alle drei Organisationsrichtungen hatten Kandidaten aufgestellt. Die Christlichen richteten ihre Kampfkraften gegen uns und verurteilten uns in den Versammlungen aus schließlich zu gewinnen. In Ansbach hatten wir am Sonntag vor der Wahl eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Reichsvereinsrat Appell über die Gewerbetreibendewahl sprach. In der darauffolgenden Diskussion lag mit die Christlichen den ausbleibenden Gebrauch von der Reichsvereinswahl, in der Hoffnung, daß auch wir in der von ihnen auf den Nachmittags eintretenden Versammlung, die von dem Hauptdeputationsleiter geleitet wurde, freie Diskussion erhalten würden. Aber wir hatten die Rechnung ohne die Taktik der Christlichen gemacht. Denn als in der christlichen Versammlung der bekannte Bergbau-Deputierter sein Referat gegen die Hirsch-Dunderschen demagogisch hatte, wurde von demselben Herrn, der in unserer Versammlung ausgiebig von der Reichsvereinswahl Gebrauch gemacht hatte, die Versammlung sofort geschlossen. Auch in der Zentrumsversammlung wurden wir heftig angegriffen. Das auch die „freien“ Gewerbetreibenden ganz gehörig über uns hefteten, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Aber wie hat man sich so eingekocht mit uns beschäftigt als bei der diesmaligen Wahl, weil wir die Reichsvereinswahl hatten, den beiden Herrschern am Gewerbetreibenden ihre Unfähigkeit einmal vor der Öffentlichkeit zu beweisen. Wodurch hatte man auch in der sozialdemokratischen „Wohlfühlung“ fast täglich in die Welt hineinschrien, daß der letzte Schritt bald in Düsseldorf begangen sei, nur noch ein einziger Schritt fehlte vornehmlich. Und umso größer Enttäuschung mußte dem Herrn das Resultat werden; denn bei der diesmaligen Wahl haben wir bedeutend mehr Stimmen aufgebracht als bei der letzten Wahl und konnten auch den bisher immergehörten Sieg behaupten, was uns zu weiterer energischer Agitationsarbeit ein Ansporn sein wird.

§ Gelsenkirchen. Eine schöne Sieg errangen die Gewerbetreibenden auch in diesem Jahre wieder bei der Vertreterwahl zur Krankenkasse der Firma Kopperschlag & Söhne. Trotz der schmutzigen Agitation der Christlichen, die vor Eilen und Verurteilungen nicht zurückwichen, und obgleich die Christlichen auf ihre alte Kassenmethode und Bureaubeamte geistig hatten, wurde die Liste der Gewerbetreibenden mit großer Majorität gewählt. Es ruht auf dem neuen Werk die Gewerbetreibenden 200, die

Christliche Rühr 98 Stimmen. Auf dem alten Werk erhielt die Gewerkschaft 209, die der Christlichen 126 Stimmen.

§ Kiel. Am 27. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Eitelberg-Berlin einen Vortrag hielt über das Thema: "Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre?"

§ Karlsruhe i. S. Am Sonntag, 8. Dezember, hielt der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter seine Generalversammlung ab, um die Wahlen für den nächsten Vorstand zu bestimmen.

weiterer Vertreten, und darum könne diese nur einer Partei folgen: nämlich in die Deutschen Gewerkschaften. In der hierauf folgenden Diskussion ergriff zunächst der Streik-

§ Karlsruhe i. S. Am Sonntag, 8. Dezember, hielt der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter seine Generalversammlung ab, um die Wahlen für den nächsten Vorstand zu bestimmen.

Wilmanns. — Sonnabend, 14. Dezember. Herbst- und Handarbeiter 1. Ab. 8 1/2 Uhr im Vereinslokal General-

Orts- und Bezirksverbände. Herze (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bild.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (G.D.). Die nächste Sitzung findet erst am Mittwoch, den 8. Januar 1908, statt.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder). Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Ein Wort der Klärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

Verbandsmitgliedern. niemals nach 8 Uhr abends. und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen.

Eine Kopiermaschine ohne Wasser! 10 Mal bessere Kopien in 1/10 der Zeit! OHNE Pinsel, OHNE nasse Lappen, OHNE Presswalzen, OHNE feuchte Bäder, OHNE schmutzige Stoffe.

Der Gewerkverein Jahrgang 1906. auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken und Vereinsbibliotheken. 3,50, sonst 6 Mark.

Fahnen, Vereinsabzeichen. Hohes Nebenverdienst kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte aufverwirkeln.

Distriktsrat (Distrikt). Durchreisende Kollegen erhalten Entschädigung. Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.